

Neue Forderungen an den Investor

(ast) > 03.02.2009, 17:45

Aachen. SPD und Grüne wollen in Sachen Kaiserplatz-Galerie noch einmal ordentlich draufsatteln. Wenn sich die Mitglieder des Planungsausschusses am Donnerstag über die dicke Verwaltungsvorlage und die darin enthaltenen Auflagen und Vorschriften beugen, werden ihnen zwecks Beschlussfassung noch ein paar zusätzliche Bedingungen für Investor Hans Kahlen vorgelegt.

Unter anderem soll er nach Meinung von Rot-Grün sehr viel mehr Ersatzwohnraum schaffen als bisher geplant - und schwarz auf weiß nachweisen, dass es mit dem Sortiment so bleibt wie verabredet.

Wie berichtet, sind für die 240 Millionen Euro teure Einkaufslandschaft an Kaiserplatz und Adalbertstraße bestimmte Obergrenzen bei der Nutzung durch Einzelhandel vorgeschrieben. So soll es beispielsweise 12.000 Quadratmeter für Textilien, Schuhe, Lederwaren geben, 6400 Quadratmeter für Nahrungs- und Genussmittel, Gesundheit und Körperpflege, 4000 Quadratmeter für Unterhaltungselektronik, Foto, Optik.

Die rot-grünen Politiker wollen sich vom Investor anhand der Verträge nachweisen lassen, dass die entsprechenden «Ankermieter» vorhanden sind, damit es nicht wie bei den Aachen-Arkaden zu Nachbesserungen in den einzelnen Sortimenten kommt. Etwa im Bereich Textil, was zu weiteren Gleichgewichtsstörungen in diesem Segment des Aachener Einzelhandels führen könnte.

Weil Häuser abgerissen werden müssen und Wohnraum verschwindet, muss der Investor Ersatz schaffen. Von 1200 Quadratmetern war bislang die Rede, SPD und Grüne verlangen nun 3000 Quadratmeter. Dazu SPD-Ratsherr und Städtebauexperte Norbert Plum: «Aachen ist eine lebendige Stadt, die davon zehrt, dass auch in der Innenstadt viele Menschen wohnen. Das soll so bleiben.»

Auch in Sachen Job-Ticket soll die Kaiserplatz-Galerie stärker als geplant in Erscheinung treten. Nach der alten Vorlage sollte der Investor «aktiv zur Verbesserung der Luftqualität in der Stadt beitragen», etwa «durch Förderung von Initiativen zur Bereitstellung von Job-Tickets für Mitarbeiter der einmietenden Betriebe». Insbesondere auf Wunsch der Grünen sollen nun Betreiber und Mieter «verpflichtet» werden, ihren Mitarbeitern das Ticket zur Verfügung zu stellen. Was allerdings juristisch noch ausgekelt werden muss.

CDU-Fraktionschef Harald Baal hat da eine klare Meinung und sagt: «Das geht so nicht, man kann keine Vereinbarung zu Lasten Dritter treffen.» Illusorisch findet er auch die Forderung nach Ersatzwohnraum in einer Größenordnung von 3000 Quadratmetern. Der Christdemokrat: «Etlicher Wohnraum geht verloren, aber bei einem Projekt dieses Kalibers ist das zu vertreten.»